

Broukal, benimm Dich!

Es tue ihm zutiefst leid, daß „von mir außerordentlich geschätzte Personen diese Entscheidung politisch interpretieren“, jammerte ORF-Generaldirektor Gerhard Zeller, nachdem er Josef Broukal als Moderator der ORF-Sendung „Report“ abgesetzt hatte. Es braucht ihm nicht leid zu tun, denn dafür hat er etwas bei der FPÖ und der „Krone“ gut, und das wiegt heute mehr als der Umstand, daß sich die Wertschätzung, die der Generalintendant bisher genossen hat, bei vielen Personen in ihrer Gegenseitigkeit etwas reduzieren dürfte.

Zeller fühlt sich also von denen verkannt, die seine Entscheidung politisch interpretieren. Das ließe sich leicht beheben – er brüchete nur erstens nachzuweisen, daß er Josef Broukal auch abberufen hätte, wenn von seiten der FPÖ kein Mucks laut geworden wäre. Und er müßte zweitens einen Menschen in diesem Lande finden, der ihm das abnimmt.

Die Einsicht in die Vergleichenheit derartiger Bemühens hat ihn dann zu der Erläuterung getrieben, unter seiner Leitung werde der ORF nach den Maximen der Tanzschule Elmayer – Gutes Benehmen wieder gefragt – abgewickelt: Broukal habe es an Höflichkeit, Fairness und an professioneller Distanz zu Thema und Interviewpartner fehlen lassen.

Nun ist ebenso unbestritten, daß ein Moderator über all diese Qualitäten verfügen sollte (und ein altgedienter TV-Profi wie Broukal auch darüber verfügt), wie man lange darüber streiten kann, ob und in welchem Ausmaß Broukal sie bei dem Gespräch mit Karl Heinz Grasser an den Tag gelegt hat. Eine Abstimmung darüber dürfte entlang derselben Grenzen verlaufen, an der sich auch die Geister in der Ausländerfrage scheiden – womit sich nur neuerlich zeigt, daß Zellers Entscheidung selbstverständlich eine politische gewesen ist.

Die Diskussion über Broukals Verfehlungen (oder nicht) ist schon deshalb müßig, weil sie jedenfalls nicht so spektakulär waren, daß sie eine derart spektakuläre Disziplinierung rechtfertigen würden. Mit dieser Ent-

scheidung fügt Zeller dem ORF mehr Schaden zu als dem Moderator, denn er ermutigt damit ohnehin stets vorhandene Tendenzen, das Institut politisch an die Kandare zu nehmen. Mit noch größeren Argusaugen werden von nun an alle Parteien darauf achten, ob einer aus ihren Reihen nicht mit Fragen gequält wird, die man – je nach Einstellung – als Stasi-Verhörmethoden oder als Inquisitionsfolter qualifizieren könnte. Broukals Kollegen werden es, Zeller sei Dank, künftig nicht leichter haben.

Dem Anliegen Jörg Haiders, nicht nur die Regierung, sondern auch den ORF vor sich herzutreiben, ist der Generalintendant weit entgegengekommen. Dabei wäre bei ihm besondere Vorsicht geboten – hat er nicht gedroht, es werde ein anderer Wind in den Redaktionen wehen, wenn er etwas zu sagen habe? Nun redet Zeller für ihn.

In Haiders' „Bubel-Partei“ ist Telegenität Bedingung – die blaue Riege ist auf das Medium Fernsehen zugeschnitten. Wo andere zu argumentieren versuchen, ziehen sie Taferln und Behauptungen hervor, die in laufender Sendung kaum je zu widerlegen sind. Und wenn sich auch nachher – Schildlaus! – herausstellt, daß es ein Unsinn war: Hauptsache, man hat sich unterhalten.

Jeder TV-geschulte Politiker kann jeden Moderator als Unhold erscheinen lassen. Er braucht nur zu reden, ohne aufzuhören, und womöglich am Thema vorbei – der Moderator muß ihn unterbrechen, soll ein Interview zustande kommen. Tut er es nicht, hat er als Interviewpartner versagt, tut er es, dann kann er damit rechnen, von einer auf Knopfdruck funktionierenden Parteimachinerie als Stasi-Folterknecht entlarvt zu werden. Besonders dann, wenn sie ihn ohnehin schon lange im Visier hat.

Da ist es gut, mit Rückenstärkung von oben rechnen zu können. Es muß ja nicht ein unpolitischer Generalintendant sein, der sowieso kein Weisungsrecht hat. Wenn nur der weisungsrechtlich intendiert dann et was mehr politischen Verstand beweist!



Selbstreinigung durch Streit

Egon Matzner hat in einem Gastkommentar vom 25. Februar die Gründung eines „Ethikforums für Ökonomen“ angeregt, das in strittigen wissenschaftlichen Fragen verbindliche Regeln zur Konfliktaustragung ausarbeiten sollte. Christian Fleck bezweifelt, daß eine derartige Institution von großem Nutzen wäre

Professor Matzner hat an dieser Stelle wiederholt scharfe Kritik an den seiner Meinung nach falschen Prognosen anderer Ökonomen über die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Entwicklung des Budgetdefizits in Österreich geübt. Er sparte bei seiner Kritik nicht mit harten Worten und schlägt nun öffentlich ein „Ethikforum für Ökonomen“ vor, nachdem ein gleichlautender, informell unterbreiteter Vorschlag auf taube Ohren stieß. Das Plädoyer für die „Einrichtung einer neuen Institution“ der Wissenschaftsethik, mit „schiedsrichterlicher Aufgabe“ verdient über die Grenzen der Ökonomenzunft hinaus Aufmerksamkeit.

Berufsspezifische Ethikkommissionen sind heutzutage nichts Ungewöhnliches mehr. Überraschend ist eher, daß unter Österreichs Ökonomen Matzners Vorschlag auf wenig Gegenliebe gestoßen ist. Ausgehend von einigen US-Berufsverbänden haben sich in den letzten Jahren sowohl die deutschen wie die österreichischen Soziologen Ethikkodizes gegeben und entsprechende Kommissionen eingerichtet. Andere Gruppen von Wissenschaftlern, vor allem jene, die am und mit Menschen experi-

mentieren, taten Ähnliches schon früher. Ist unter Wissenschaftlern der Sittenverfall so vorangeschritten, daß sie zu solcher Selbstkontrolle Zuflucht nehmen müssen?

Wenn man in die USA blickt, könnte man versucht sein, diese Frage zu bejahen. Dort richtete das Parlament vor einiger Zeit eine Untersuchungsstelle für die Integrität der Forschung ein, zwei Wissenschaftsjournalisten landeten über Betrug in den Wissenschaften einen Bestseller, die großen Tageszeitungen berichten regelmäßig über fragwürdige Praktiken von Wis-

senschaftlern, und die Intellektuellenorgane sind voll von Artikeln über den Mißbrauch (vor allem) in den Bio- und Humanwissenschaften.

Für Beschuldigte sind diese Anprangerungen kein Honiglecken. Allein der Umstand, daß gegen jemanden eine Untersuchung eingeleitet wird, kann existenzbedrohend sein, weil der Bloßgestellte keine Forschungsgelder mehr bekommt und damit auf Jahre hinaus zum Nichtstun verurteilt ist, falls er nicht gleich seinen Job verliert. Spätere „Freisprüche“ helfen einem zu Unrecht des Betrugs bezichtigten wenig.

Mittlerweile gibt es zunehmende Kritik an der Arbeit des erwähnten Office of Research Integrity. Natürlich gibt es in allen Wissenschaften Mißbrauch. Die Frage ist nur, wie er verhindert werden kann, und ob nicht der Schaden, den eine amtliche Kontrollstelle verursachen kann,



Christian Fleck: „Zivilgesellschaft statt Abschottung und Vernadierung.“ Foto: Jungwirth

größer ist als der Nutzen, ein paar Betrüger überführen zu können. Matzner schlägt keine Behörde vor, sondern hofft auf die Selbstreinigungskraft seiner Scientific community. Ist das eine realistische Hoffnung? Zweifacher Zweifel ist angebracht.

Zum einen vermengt Matzner die Aufforderung, „Regeln der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über ethisch strittige Fragen“ auszuarbeiten mit dem konkreten Streit zwischen ihm und WIFO-Chef Helmut Kramer. Das ist zumindest unklug, weil die Gefahr einer Anlaßgesetzgebung auch hier gegeben ist.

Wichtiger ist aber der Hinweis darauf, daß solche Regeln aus rechtsstaatlichen Gründen nur für die Mitglieder eines Vereins Geltung haben können. Beschuldigte werden vermutlich aus dem Verein, der sie an den Pranger stellt, austreten (einige haben das schon getan). Da in Österreich wissenschaftliche Vereine über wenig Sanktionsmacht verfügen und der Erfolg von Wissenschaftlern sicher nicht davon abhängt, ob sie einem bestimmten Verein angehören oder nicht, wäre der Spruch einer Ethikkommission von recht beschränkter Nutzen. Die Öffentlichkeit würde davon nicht einmal Notiz nehmen (und tat es bislang auch nicht).

Gefahr des Spottes

Belustigt las ich, daß Matzner den Presserat als Vorbild nennt: Weiß er denn nicht, daß die Zeitung, die dort an häufigsten „verurteilt“ wird das regelmäßig zum Anlaß böhnischer Kommentare über den Rat und seinen Spruch nimmt? Es spricht einiges dafür, daß sich ähnlicher Spot auch im Fall des Spruchs eines Ethikforums der Ökonomen einstellen wird, wenn die Verurteilten in irgendeiner Hinsicht mächtiger ist als seine Kontrahenten.

Muß man sich also denn abfinden, daß alles bleibt wie es ist? Dieser fatalistische Schluß liegt mir fern. Aber ich meine, daß in einem Land wie Österreich, dessen politische Kultur nicht durch sanktionstarke Berufsmore gekennzeichnet ist, die einzig realistische Hoffnung die ist, den Streit über Prognosen, Studien und Meinungen von Wissenschaftlern als öffentlichen Streit zu führen.

Das ist gegenüber der lang vorherrschenden, immer noch nicht überwundenen Verne derung Unliebsamer und der Abschottung der Universität gegenüber Nonkonformisten ja immerhin schon ein Schritt in Richtung ziviler Gesellschaft. Vielleicht führt er wenigstens dazu, daß jemand seine Meinung als Meinungsäußerung und nicht als wissenschaftliche Prognose ausgibt.

Christian Fleck ist Universitätsdozent am Institut für Soziologie der Universität Graz.



KOMMENTARE DER ANDEREN

Wenn Höflichkeit und Fairneß im ORF zu kurz kommen...

In seiner Eigenschaft als nationaler Vorsitzender des Internationalen Presseinstituts (IPI) hat STANDARD-Chefredakteur Gerd Frey für den jüngsten Maulkorb für den ORF-Journalisten Josef Broukal als demokratiepolitisch bedenkliches Signal qualifiziert. Der Generalintendant des ORF, Gerhard Zeller, hat darauf mit folgendem Brief geantwortet:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! (...) Es geht in der Sache überhaupt nicht um „journali-

stische Freiheit“ und daher auch nicht um einen „Maulkorb“ für einen kritischen ORF-Journalisten, sondern es geht ausschließlich um Höflichkeit und Fairneß, auf die jeder Interviewpartner Anspruch hat.

Ausschließlich die Art und Weise, wie dieses Interview geführt wurde, hat mich dazu veranlaßt, die Ihnen bekannte Aufforderung, Josef Broukal nicht mehr als Moderator des Report einzusetzen, an den Fernseh-Informationsintendanten zu richten.

(...) Tag für Tag beweisen ORF-Journalisten, daß sie auch kontroverielle Sachverhalte in sogenannten „harten“ Interviews unter Beachtung von Fairneß und Anstand durchführen. Wenn aber Höflichkeit und Fairneß zu kurz kommen, beschweren sich regelmäßig – nach meinem Dafürhalten zu Recht – Politiker aller Couleurs, aber auch Interviewpartner aus Institutionen und selbst Zeitungsjournalisten in der Öffentlichkeit. Im konkreten Fall haben sich 804 (!) Fernsehzuschauer bei unserem Telefon-Kundendienst über die Interviewführung des Moderators beschwert – und das waren keineswegs nur Sympathisanten des Kärntner Politikers.

Der Vorwurf, damit werde ein „demokratiepolitisches Warnsignal“ gesetzt, geht nach meiner Überzeugung an der Sache komplett vorbei: Gerade Demokratie erfordert nach meinem Dafürhalten im Gegenteil Fairneß und Höflichkeit im Umgang miteinander, und das wird ja auch von Politikern aller Parteien regelmäßig als Grundsatz be-

schworen. Ich bin davon überzeugt, daß der ORF in dieser Hinsicht gerade aus demokratiepolitischer Verantwortung Maßstäbe zu setzen hat.

Meine Entscheidung wäre bei jedem anderen Moderator ebenso ausgefallen, und sie wäre auch genauso ausgefallen, hätte es sich um einen Politiker einer anderen Partei gehandelt. Ich trete auch keineswegs dafür ein, „harte“ Interviews zu ersetzen: Ich befürworte kritische Interviews, hart in der Sache, aber höflich im Ton. Die Entscheidung, Josef Broukal künftig nicht mehr im Report einzusetzen, bedeutet selbstverständlich kein Berufsverbot für Herrn Broukal. Broukal ist ein hervorragender Journalist und Moderator der Zeit im Bild und der Sendereihe Modern Times, die er selbstverständlich weitermodernisieren soll.

Ich möchte auch unterstreichen, daß ich bei dieser Entscheidung keineswegs einem „Druck“ nachgegeben habe – wer hätte denn einen solchen „Druck“ überhaupt ausüben können? Es war meine autonome Entscheidung, die mir wirklich nicht leicht gefallen ist. Ich habe mir das fragliche Interview dreimal angesehen und bin zu dem Schluß gekommen, daß mir keine andere Wahl bleibt. Ich bedauere sehr, daß es den von mir persönlich hochgeschätzten ORF-Journalisten Josef Broukal betrifft und bedauere auch sehr, daß meine Entscheidung zu demmaßen irrtümelnden Unterstellungen geführt hat. (...) Mit vorzüglicher Hochachtung, Gerhard Zeller o.h.

LESERSTIMMEN

An der Wand entlang

Betrifft: Lehrzeugnisse
Der Diskussion rund um das absolut verurteilenswerte Fehlverhalten von LehrerInnen ist noch eine Ebene hinzuzufügen. Meine Arbeit von über 20 Jahren als Pflichtschullehrer erlaubt mir einen gewissen Erfahrungsreichtum über ein Frustverhalten, das darauf zurückzuführen sein könnte, daß Vorgesetzte nur in ausgesprochenen Ausnahmefällen nach Kompetenzkriterien ausgewählt und bestellt werden. Das Parteibüchlein reicht allemal. Die Personalvertreter sind vor allem Meister in Selbstvertretung und Selbstbedienung und werden im Regelfall Direktoren oder Inspektoren.

Die großen Themen werden den Lehrern mit großem Medientamt auf Auge gedrückt und sollen, irgendwie, durchgeführt werden. Jüngstes Beispiel: Installiert die Integration – fragt aber ja nicht

wiel Psychohygiene wird in unserem Beruf nach wie vor als Fremdwort gehandelt. An der Klassenzimmerwand entlang wurschteln scheint die Maxime zu sein.

Franz J. Jansky
3382 Loosdorf

Entlarvende Gleichung

Betrifft: „Grasser verletzt EU- und Menschenrechte“
STANDARD Nr. 2494, 21. 2. 97
Daß die Weisung des Landeshauptmann-Stellvertreters Grasser ohne Konsequenzen bleiben soll, ist in einem demokratischen Land ein politischer Skandal.

Die Gleichung „Arbeitslosigkeit = viele beschäftigte Ausländer, ergo keine Aufträge für Firmen die Ausländer beschäftigen = Ausländer raus“ entlarvt die FPÖ wieder einmal als inhumane, konzeptlose Partei, die unschuldigen Menschen zum Sündenbock für ein gesamtwirtschaftliches Problem macht,

das mit wirtschaftlichem Know-how, nicht mit menschenverachtendem Populismus angegangen werden muß.

Mag. Andrea Steffal
1030 Wien

Ketzerischer Gedanke

Betrifft: Diskussion um NATO-Erweiterung
Danke für den Kommentar von Georg Schöföbner (13. 2.). Wenn ich österreichische Zeitungen lese, fühle ich mich immer wieder in die Zeit des Kalten Krieges versetzt. Aus dem Denken der NATO-Gläubigen läßt sich eine grenzenlose Verdummung ableiten: Wenn uns die NATO 44 Jahre lang gegen den bolschewistischen Feind geschützt hat, so muß sie etwas Gutes sein. Daß die NATO nach dem Ende des Kalten Krieges vielleicht ein überflüssiges Relikt geworden sein könnte, so zu denken wäre ketzerisch.

Prof. Ernst Schwarz
1190 Wien